

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jörn Jan Leidecker zur Verabschiedung des Regionshaushaltes am 24.03.2009

*Es gilt das gesprochene Wort*

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

als der erste Entwurf dieses Haushaltes in die Regionsversammlung eingebracht wurde, haben viele von uns angenommen, dies würde eine Haushaltsberatung werden wie alle vorherigen. Die Mehrheitsgruppe würde die strukturelle Ausgeglichenheit als politischen Erfolg betonen, die CDU würde trotzdem Sparwillen vermissen, die FDP zu viele soziale Wohltaten, die man sich nicht mehr leisten könnte, und nach der LINKEN würde der Herr Scholz vom Bürgerforum wieder die Anekdote von seiner Oma erzählen.

Aber die Zeiten sind nicht so: In der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, die in Hannover zu Massenentlassungen führt, muss sich dieser Haushalt an anderen Maßstäben messen lassen: Schafft und sichert dieser Haushalt Arbeitsplätze? Ermöglicht er soziale und kulturelle Teilhabe und weist er ökologisch in die Zukunft? Gemessen an diesen Maßstäben ist der vorgelegte Haushalt ein Haushalt von vorgestern und nicht für morgen. Er ist in seinen Annahmen überholt, unkreativ und nicht im Entferntesten ausreichend sozial.

Als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sind wir nicht die Fortsetzung des Verwaltungshandels im Stuhlkreis. Wir können und wir müssen uns die Zeit nehmen, die gegenwärtige Situation zu analysieren und dann gestaltend einzugreifen. Man muss nicht Ökonom sein, um das besondere Ausmaß der gegenwärtigen Krise zu erkennen: Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Industrieproduktion in so kurzer Zeit so stark eingebrochen. Der globale Handel mit Waren und Dienstleistungen geht zum ersten Mal seit der Weltwirtschaftskrise zurück. Die Zahl der Ausbildungsplätze geht dramatisch zurück. Conti droht mit der Schließung, VW fährt Kurzarbeit und entlässt die Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter. Die Zeitarbeit – das vergiftete Geschenk von Rot-Grün an den Arbeitsmarkt erweist sich jetzt als Falle und als deutsche Variante des „Hire and Fire“.

Die aktuellen Zahlen sind verheerend: Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird dieses Jahr nach Prognosen der Commerzbank um bis zu 7 Prozent schrumpfen. Andere Prognosen gehen von einem Abschwung um 5 Prozent aus. Die Arbeitslosigkeit wird sich in diesem Jahr auf bis zu 4 Mio. Arbeitslose und im nächsten Jahr auf fast 5 Mio. Arbeitslose erhöhen. Der sogenannte Aufschwung der vergangenen Jahre versinkt im Treibsand, auf dem er durch eine falsche Ausrichtung auf den Export und eine völlige Vernachlässigung der Binnennachfrage errichtet worden ist. Es ist keine branchenbezogene Krise mehr, ist eine Systemkrise.

In dieser Situation rächt sich die nur nach Konzerninteressen ausgerichtete Internationalisierung. Es war falsch eine regionale Brauerei wie die Gilde an einen global agierenden Getränkekonzern zu verschachern. Und das Conti-Management fällt auf eine unerträgliche und verlogene Art den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Rücken, in dem es Standorte gegeneinander ausspielt und gegebene Zusagen einfach einkassiert. Auch Branchen wie der Tourismus – Stichwort TUI – und der sog. Finanzdienstleistungsmarkt werden einbrechen.

Und dies ist erst das erste Jahr: Alle Prognosen über einen angeblich bevorstehenden Aufschwung werden immer weiter nach hinten verschoben. Mittlerweile ist die Standardformulierung „im Laufe des Jahres 2010“. Aber dies bleibt das Werfen mit Nebelkerzen, denn was, wenn nicht? Was, wenn wir auch in 2010 und in 2011 – und dies ist, wenn man sich den zyklischen Verlauf früherer globaler

Krisen ansieht, nicht unwahrscheinlich – was also, wenn wir auch in den kommenden Jahren einen Rückgang des BIP vor uns haben? Dieser Haushalt und die ihn ergänzenden Maßnahmen zum Konjunkturpaket geben darauf keine Antwort.

Die neuen Arbeitslosen von 2009 sind die Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfänger von 2010-2011. Spätestens im nächsten Jahr treffen die explodierenden Zahlen neuer Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher nach dem SGB II auf einbrechende Gewerbesteuererinnahmen. Gleichzeitig wird die Region Hannover die enormen Kassenkredite der rot-grünen Misswirtschaft zu immer schlechter werdenden Bedingungen auf dem Kapitalmarkt refinanzieren müssen.

DIE LINKE ist sich auch darüber im Klaren, dass es sich um Probleme handelt, die nicht allein auf der kommunalen Ebene gelöst werden können, aber ohne ein kluges Zusammenspiel der kommunalen, der Landes- und der Bundesebene wird es nicht funktionieren. Die Lehre aus der Weltwirtschaftskrise ist doch, dass gegen eine Depressionsökonomie nur ein schneller und umfangreicher Einsatz staatlicher Ressourcen zur Nachfragestärkung hilft. Für uns bedeutet dies: Kommunales Sparen darf nicht das Handeln auf anderen Ebenen konterkarieren.

Im Bund fordert unsere Partei ein gesetzliches Verbot von Massenentlassung in Großbetrieben und weitere Investitionsprogramme in den kommenden Jahren, im Land eine völlige Reform der Kommunalfinanzen.

In der Region Hannover ist es an der Zeit aus der gescheiterten Wirtschaftsförderungspolitik mit Hannover Impuls und der Hannover Holding GmbH auszusteigen. Die Verantwortlichen verlassen das sinkende Schiff richtig Bremen, die Ergebnisse laufen seit Jahren den Zielen hinterher. Und was wollen wir mit einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die seit Jahren nicht in der Lage ist, ihr Budget auszugeben?

Wir brauchen jetzt nicht noch eine Umfrage, wie wohl sich die Unternehmen am Standort Hannover fühlen. Diese Schein-Wirtschaftspolitik, die sich in Hochglanzbroschüren, aber nicht in Arbeitsplätzen materialisiert, gehört genauso wie

die regionale Dachmarke auf den ökologisch abbaubaren Müllhaufen der Geschichte.

Wir wollen eine integrierte kommunale Wirtschaftspolitik, die Maßnahmen zur konjunkturellen Belebung mit demokratisch kontrollierter und ökologisch ausgerichteter Ansiedlungs- und Standortsicherungspolitik verbindet.

Ein Instrument, das wir anbieten, ist der **Region Hannover Fonds**. Wir wollen Wirtschaftsförderung mit neuem kommunalem Eigentum verbinden. In den nächsten drei Jahren sollen aus dem Regionshaushalt jährlich 4 Mio. Euro für die Beteiligung der Region Hannover an Mitarbeiterübernahmen in Firmeninsolvenzen und für Neugründungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen bereitgestellt werden. Dadurch entstehen in der Krise neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Region selbst sollte in dieser Zeit beim Thema Ausbildungsplätze mit gutem Beispiel vorangehen: Es ist für uns ein Unding, dass sie ausgerechnet in diesem Jahr die Ausbildungsplätze zusammenstreichen und die Weiterbeschäftigung nicht mehr garantieren wollen. Gleichzeitig sanieren sie die Berufsschulen: Wenn weitere Arbeitgeber ihrem Beispiel folgen, werden die jungen Leute direkt aus den frisch isolierverglasten Räumen in die Arbeitslosigkeit marschieren. Auch hier gilt: Das eine tun, das andere nicht lassen.

Und wir müssen in den nächsten Jahren noch stärker als Kommune die ökologische Gebäudesanierung ins Auge fassen. Viele Gebäude in Hannover aus der Nachkriegszeit sind nicht mehr rentabel sanierbar. Hier muss auch die Region zusammen mit den Mitgliedsgemeinden tätig werden: In den nächsten Jahren der Krise kann ein sozialer, ökologischer und auf eine alternde Gesellschaft ausgerichteter Stadtumbau, der mit staatlicher Hilfe privates Kapital mobilisiert, Arbeitsplätze sichern und schaffen.

In die Organisation eines solchen Prozesses Mittel zu stecken, wäre 1000 mal sinnvoller als schon wieder 1 Mio. Euro im Zoo zu versenken – einen Zoo, den sich ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr leisten kann. Dieses rot-grüne Lieblingsprojekt - das prognostizieren wir Ihnen - wird jetzt ohnehin in schweres

Fahrwasser geraten. Denn sie glauben doch nicht im Ernst, dass sie Ihre Illusion von immer mehr Besucherinnen und Besuchern, die immer mehr bezahlen, aufrecht erhalten können.

Damit kommen wir aber zur zweiten Hauptaufgabe von Kommunalpolitik: Gerade in der Zeit der Krise muss soziale und kulturelle Teilhabe für wirtschaftlich benachteiligte gesichert und ausgebaut werden.

Deswegen ist es an der Zeit, dass Rot-Grüne Versteckspiel um das Sozialticket zu beenden! Es gibt heute und hier eine politische Mehrheit zur Durchsetzung eines Sozialtarifs in kürzester Zeit nach dem Kölner Modell. Wenn es in Dortmund in zwei Monaten ging, warum soll es in Hannover bis 2010 oder länger dauern?

Aber SPD und Grüne lassen sich lieber von Hauke Jagau am Nasenring durch die Manege führen, anstatt ihrem eigenen politischen Anspruch nachzukommen.

Ich zitieren aus der Koalitionsvereinbarung SPD und Grüne 2006 bis 2011:

Innerhalb dieser Wahlperiode soll es für Einkommensschwache, insbesondere Familien mit Kindern, ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben.

Auf die Einlösung dieses Versprechens warten die Hartz-IV-Betroffenen nun seit Beginn der Legislatur. Die SPD hat es bei der Anhörung des Sozialbündnisses am 11. März in der Marktkirche nicht einmal für nötig befunden, der Einladung zu folgen. Niemand von Ihnen, und schon gar nicht der Regionspräsident, hat sich getraut. Aber wenn man politisch nicht mehr in den Spiegel schauen kann, geht man lieber auf Tauchstation.

Die politische Rechnung, die sie aufmachen, ist so einfach wie zynisch. Sie wollen jetzt ein Ticket versprechen und verträsten die Betroffenen auf den Dezemberfahrplanwechsel. Das hat für Sie den Vorteil, dass sie die Gelder erst im Haushalt 2010 einstellen müssen. Dann warten Sie die Bundestagswahl ab und verkünden dann nach der Steuerschätzung für das 3. Quartal, dass man es sich jetzt nicht mehr leisten könne.

DIE LINKE wird diese billigen Tricks nicht durchgehen lassen. Sie können und müssen sich schon heute entscheiden. Wir haben konkrete Vorschläge zur Einführung eines Region Hannover Passes und eines Sozialtarifs im ÖPNV gemacht. Wir wollen nach dem Kölner Modell alle Berechtigten den unbürokratischen Zugang zu Mobilität ermöglichen. Und wir wollen das zu Preisen, die sie sich auch leisten können.

Der Regelsatz von Hartz IV sieht unter 20 Euro für Mobilität vor. Wer mehr ausgeben will, muss sagen, wo es die Betroffenen den hernehmen sollen: vom Essen? Von dem wenigen, das sie für Kleidung haben?

Sie können hier heute darüber offen abstimmen: Danach werden die Betroffenen wissen, wo sie wirklich stehen. Wir sind sehr gespannt, aber was Sie angeht, nicht besonders optimistisch.

Aber wenn wir schon beim Thema der gebrochenen Versprechen und des Dilletantismus sind, kommen wir zum größten Krisenfeld der Regionspolitik: In kaum einem anderen Bereich haben Sie im letzten Jahr so viel in den sprichwörtlichen Asbestsand gesetzt, wie in der Umwelt- und Altlastenpolitik.

Herr Regionspräsident: Verantwortliche Umweltpolitik in der Region ist mehr als Schönwetterpolitik! Sie betreiben eine ökologische Symbolpolitik für die Boulevardseiten der Zeitungen: Ein paar 100.000 für die Gartenregion, Millionen für den Zoo und jetzt noch eine Million für ein Moorgeest-Haus.

Das sind alles einzeln für sich schöne Dinge, doch das ist die Kür - vorher muss die Pflicht, die Finanzierung dringend notwendiger Maßnahmen auch auf der „dreckigen Seite“ der Umweltpolitik gesichert sein. Ich spreche von den Folgen der zum Teil jahrhunderte alten Industriepolitik in der Region – den Altlasten. Hier hat die Region jämmerlich versagt, falsche Prioritäten gesetzt und dilletantisch agiert.

Dank des Obergerichtes ist die Verlagerung der Asbestschlammhalde nach Lahe zum Glück gescheitert. Eine Deponie, die durch eine verfehlte

Vermischung von verdeckter Wirtschaftsförderung und angeblicher Altlastenpolitik von einer sicheren Deponie zu einer Krise geworden ist. Die Fulgurit GmbH durfte unter Duldung der Regionsverwaltung im Voraus eilenden Gehorsam der Haldenabtragung die Oberflächenabdeckung zerstören, so dass teilweise jetzt im nahenden Sommer der Asbestzement offen zu Tage tritt.

Wir fordern die für die Haldenabtragung bereits 2008 und jetzt für 2009 vorgesehenen mehr als 1 Mio. € unverzüglich zu streichen und sinnvollen Zwecken zuzuführen. Falls vor Ort doch noch eine Sicherung/Sanierung durchzuführen ist, müssen im Rahmen der Durchgriffshaftung die Verantwortlichen hinter der Fulgurit-GmbH – nämlich der milliardenschwere Ete-Konzern - zur Verantwortung gezogen werden.

Wir haben von dem Juristen Dr. Baufeld dazu in einem exzellenten Gutachten einen juristisch gangbaren Weg aufgezeigt – das Gutachten kennen Sie alle – aber diesen Weg muss die Region dann auch gehen.

Ein weiteres Trauerspiel ist die de Haen-Altlast in der List. Ein hin und her von Aktionismus, Dilletantismus, aber auch positiven Aspekten. Letztere wollen wir nicht verschweigen. Die Einbindung der Bevölkerung in die bisherigen Untersuchungsmaßnahmen war durchaus gelungen. Und ein weiterer positiver Aspekt war, dass sich Prof. Priebis mit seiner Auffassung gegen die Herren Messerschmidt, Jagau und Wicke durchsetzen konnte und zumindest erste Schritte gegen den de Haen Rechtsnachfolger Honeywell eingeleitet wurden. So ein Vorgehen würden wir uns auch in Wunstorf Luthe wünschen.

Aber offensichtlich scheint sich jetzt auch bei der de Haen Altlast die bisherige verfehlte Altlastenpolitik der Region durchzusetzen. Vorsorglich versuchen Sie, die Anwohnerinnen und Anwohner für die Sanierungsuntersuchungen haftbar zu machen. Sie wollen unserer Ansicht nach ein Präjudiz für die Übernahme der späteren Sanierungskosten schaffen.

Auch hierzu hat Dr. Baufeld für uns eine Rechtsexpertise aufbereitet, die genug Möglichkeiten aufzeigt, wie die Bewohnerinnen und Bewohner von den Kosten

freigehalten werden können – wenn die Region es denn politisch will. Wir werden Ihnen dieses Gutachten zum nächsten Umweltausschuss vorlegen.

Im Übrigen sind die Westen der Landeshauptstadt und der Region alles andere als weiß: In ihren Verwaltungen verstauben Gutachten, die bereits vor fast 10 Jahren einen detaillierten Handlungsbedarf auf der de Haen Altlast forderten – doch passiert ist nichts. So ist es gar nicht abwegig, wenn es hier neben Honeywell noch weitere heranziehbare Verantwortliche geben könnte.

Altlasten in der Region beschränken sich aber nicht auf Luthe und Hannover List. Was ist mit Gehrden-Ditterke, was dem Mevaco-Gelände und vielen weiteren Altlasten der Region? Im Rahmen des Konjunkturprogramms des Landes gab es durchaus Möglichkeiten hier vom Land Sanierungsgelder anzuwerben – aber offensichtlich haben andere Kommunen ihre Hausaufgaben für eine erfolgreiche Antragstellung besser gemacht – die Region Hannover ist jedenfalls leer ausgegangen.

Das Fazit: Die Kernaufgaben im Umweltbereich müssen erfüllt werden, bevor man aus Klientelpolitik andere Bereiche finanziell großzügig bedient.

Sie legen ein durchaus ambitioniertes Klimaschutzprogramm vor – mit einem wesentlichen Fehler. Vorsorglich haben Sie keine Kosten angegeben. Gleichzeitig streichen Sie im Haushalt Gelder für die Klimapolitik zusammen.

Das ist offensichtlich die rot-grüne Masche in der Region: Vollmundig was versprechen und dann entgegengesetzt handeln: Sei es beim Sozialticket oder hier bei den Klimamaßnahmen.

Noch einige abschließende Bemerkungen:

Wir haben Ihnen mit unseren Antworten soziale Handlungsalternativen zu Ihrem „weiter so“ aufgezeigt. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass wir erst am Anfang und nicht am Ende einer Krise stehen, die fundamentaler und grundsätzlicher ist, als viele das zurzeit denken. Die neoliberale Radikalisierung des Kapitalismus ist



gescheitert und vernichtet nun selbst das Finanzkapital. In der Realwirtschaft verlieren Millionen von Menschen ihre Arbeit, ihr Erspartes, ihre Altersversorgung.

Eine Lehre steht schon fest: Wir brauchen mehr, und nicht weniger gesellschaftliches, statt privates Eigentum. Und die Menschen in der Region Hannover können sich darauf verlassen, dass zumindest wir öffentliches Eigentum verteidigen werden.

Die Landesregierung wartet doch unserer Ansicht nach nur darauf, in 2010 den Druck auf die Region Hannover zu erhöhen. Der nächste Haushalt kann gar nicht anders als stark überschuldet sein. Schon jetzt stellen wir daher fest: Mit der LINKEN wird es keine Privatisierung öffentlichen Eigentums geben. Dies gilt vor allem für das Klinikum oder aha. Unserer Ansicht nach ist die Zeit längst überfällig, die Strom- und Energieversorgung in Hannover – die Stadtwerke – wieder vollständig in Öffentliche Hand zu bringen und e.on rauszuwerfen. Aber das sind notwendige Hausaufgaben für die Landeshauptstadt Hannover.

Auch auf kommunaler Ebene können wir anfangen, eine solidarische und demokratische Ökonomie zu errichten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!